

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Erscheint
wöchentlich drei Mal und
zwar Dienstag, Donner-
stag u. Sonnabend. In-
scriptionspreis: die kleinste
Zeile 10 Pf.

Abonnement
vierteljährlich 1 M. 20 Pf.
(incl. Bringerlohn) in der
Expedition, bei unsern Bo-
ten, sowie bei allen Reichs-
Postanstalten.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

N^o. 104.

30. Jahrgang.
Dienstag, den 4. September

1883.

Bekanntmachung,

die Wahl eines Abgeordneten für die II. Kammer der Stände-
versammlung im 20. städtischen Wahlkreise betr.

Von dem unterzeichneten, für den 20. städtischen Wahlkreis bestellten königlichen Wahlkommissar wird die Zusammenstellung der Ergebnisse der am 11. September d. J. in den einzelnen Wahlbezirken stattfindenden Wahlen eines Abgeordneten für die zweite Kammer der Ständeversammlung

Sonnabend, den 15. September d. J.,

Vormittags 11 Uhr

im Rathhaus zu Schneeberg

vorgenommen werden.

In Gemäßheit der Bestimmung in § 46 des Gesetzes, die Wahlen für den Landtag betreffend, vom 3. Dezember 1868 wird dies unter Hinweis darauf bekannt gemacht, daß nach § 50 des nurgedachten Gesetzes die Stimmberechtigten

des Wahlkreises, welcher die Städte Johannegeorgenstadt, Eibenstock, Schwarzenberg, Aue, Neustädtel und Schneeberg umfaßt, dieser Wahlhandlung betheiligen können.

Hierbei werden die nach § 41 des vorerwähnten Wahlgesetzes und bez. nach der Verordnung des königlichen Ministeriums des Innern vom 10. Aug. 1875 — Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1875 S. 306 — betheiligten Behörden veranlaßt, dafür besorgt zu sein, daß die in § 45 des Wahlgesetzes gedachten **Unterlagen** mit der in § 22 der Ausführungs-Verordnung vom 4. Dezember 1868 vorgeschriebenen **Bescheinigung rechtzeitig und porto-frei** an den unterzeichneten königlichen Wahlkommissar gelangen und hierbei auch die **Kostenberechnungen**, und zwar nach § 26 der Ausführungsverordnung getrennt von den Acten, miteingereicht werden.

Zwickau, den 1. September 1883.

Der königliche Wahlkommissar.

Regierungs-Assessor **Dr. Gsche.**

Die Kanzler-Entrevue.

In Salzburg waren Ende voriger Woche die beiden Leiter der auswärtigen Politik Deutschlands und Oesterreichs, wie der Telegraph meldete, äußerst thätig. Während aber die Thatsache, daß sie fleißig verhandelten, feststeht, verlautet natürlich nichts darüber, was sie verabredet haben, u. man wäre auf ganz fruchtlose Conjecturen angewiesen, wenn das Eine nicht unabweisbar wäre, daß die beiden Minister unbedingt am Frieden arbeiten. Unter dieser Voraussetzung lassen sich auch ungefähr die Thematika combiniren, über welche in Salzburg gesprochen und conferirt wurde.

Die ungeschwächte Fortdauer der deutsch-österreichischen Allianz, die der Gegenstand des Hasses aller revolutionären und friedensverwerflichen Elemente und der lebhaftesten Sympathien aller der Ruhe bedürftigen Völker ist, wird durch die Entrevue von Neuem bekundet, und die Thatsache allein ist, ohne daß es irgend welcher weiteren Combinationen bedürfte, an und für sich von höchster Bedeutung. Zwei in ihrer Art bedeutungsvolle Kundgebungen treffen übrigens mit der Ministerbegegnung in Salzburg zusammen. Der Artikel der „Provinzial-Correspondenz“, äußerlich für den Samstag geschrieben, kann gleichwohl als ein authentischer Commentar der auswärtigen Gesamtpolitik Deutschlands betrachtet werden, deren Gedanke sich in jeder Combination und in jeder Handlung des Fürsten Bismarck kundgibt. Das hochofficiöse Blatt betont wiederholt, daß die Deutschen in ihrer Arbeit am heimischen Herde volles Genüge finden und keine der benachbarten Nationen um ihren Besitz beneiden, daß die Sammlung der Kräfte der deutschen Nation keine Bedrohung, sondern nur eine Friedensbürgschaft für die übrigen Staaten des Welttheiles und für die bestehende Ordnung bilde. Das Mißtrauen sei denn auch gewichen und Verdächtigungen der deutschen Regierung finden nur mehr da statt, wo man eben die bestehenden politischen Zustände als solche ansehe. Das halbamtliche Blatt spricht indessen die zuversichtliche Hoffnung aus, daß es gleichwohl gelingen werde, den Frieden zu erhalten, wie seit dreizehn Jahren, im Verlaufe welcher wiederholt an die Thüren des Krieges geklopft worden sei. Das Programm Deutschlands ist zugleich das Programm der deutsch-österreichischen Allianz; sie bezweckt lediglich den Schutz des geltenden Völkerrechtes und der internationalen Ordnung gegen die Versuche, eine „innere Gerechtigkeit“ der internationalen Verhältnisse herbeizuführen, die zum Theil das Werk erhitzter Phantasie, mehr noch aber eine Speculation der schlechten Leidenschaften ist. Beides sind politische Factoren von gleich zerstörender Wirkung, denn ein lebhafter Volksaberglaube, wie der russische von der Bestimmung des Czarenreiches am Goldenen Horn, führt erfahrungsgemäß ebenso zu Katastrophen, wie die Popularitäts-Berechnungen gewissenloser Politiker, welche aus eigennütigen Absichten an den Völkerhaß appelliren. Jedermann wird den Wunsch der „Provinzial-Correspondenz“ theilen, daß uns der Frieden noch recht lange erhalten bleibe, und um dies zu ermöglichen, ist auch das Zusammentreffen der beiden Staatsmänner nothwendig gewesen.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Unter der Firma „Deutscher Offizier-Verein“ soll demnächst die schon in früheren Jahren geplante Gründung eines großen Consumvereins für Angehörige des Offizierstandes verwirklicht werden. An der Spitze des vorbereitenden Comitees stehen, wie man hört, Graf von Lehndorff, General à la suite des Kaisers, und der General-Quartiermeister Graf von Waldersee. Sowohl der Kaiser wie der Kronprinz haben dem Unternehmen ihr Wohlwollen ausgesprochen. Der Consumverein soll zunächst nur die Beschaffung der Uniformen und Militär-Effecten übernehmen und erst später seine Thätigkeit auf weitere Gebiete ausdehnen. Das nothwendige Capital wird durch Antheilscheine, für welche augenblicklich Zeichnungen gesammelt werden, aufgebracht. Unter Umständen werden zur weiteren Deckung des Bedarfs verzinsliche Obligationen ausgegeben werden. Leitendes Geschäftsprincip soll natürlich Baarzahlung beziehungsweise monatlicher Gehaltsabzug zur Verrechnung auf laufende Conten sein. Nach den angestellten Ermittlungen würde an den Kosten des jährlichen Durchschnittsbedarfes an Kleibern z. B. für einen Secunde-Lieutenant der Betrag fast eines Monatsgehalts gespart werden.

— An den Gesamtvorstand des Reichstages ist eine Einladung zur Theilnahme an der Einweihung des Nationaldenkmals auf dem Niederwald ergangen. Das an den Präsidenten Landesdirector v. Kewenow gerichtete Schreiben lautet: „Euer Hochwohlgeboren! Nach Allerhöchster Bestimmung und in huldreichst zugesagter Gegenwart des Kaisers und Königs soll die feierliche Einweihung des Nationaldenkmals auf dem Niederwald am 28. September d. J. um 12 Uhr Mittags stattfinden. Der deutsche Reichstag hat freigeigig die Mittel zur Vollenbung des Denkmals bewilligt und dadurch die nationale Bedeutung desselben anerkannt. Dieser Bedeutung entspricht es, und wir legen den größten Werth darauf, daß bei der Weihe des Nationaldenkmals die Nationalvertretung sich betheilige. Wir beehren uns daher, den Gesamtvorstand des Reichstages zur Theilnahme an der Einweihungsfeier hierdurch einzuladen und an Euer Hochwohlgeboren die Bitte zu richten, die Uebermittlung dieser Einladung an die einzelnen Mitglieder des Gesamtvorstandes gütigst übernehmen zu wollen, zu welchem Zwecke 20 Druckexemplare dieses Schreibens angeflohen sind. Eine geneigte Mittheilung über die Annahme der Einladung bitten wir an den mitunterzeichneten Landesdirector Sartorius in Wiesbaden gelangen zu lassen. Im Falle der erhofften Zufolge wird für die Beförderung vom Bahnhof in Rüdesheim auf den Niederwald und zurück Sorge getragen werden. Mit der ausgezeichnetsten Hochachtung: Der geschäftsführende Ausschuss des Comitees zur Errichtung des Nationaldenkmals auf dem Niederwald. Graf zu Eulenburg, Vorsitzender. Sartorius, stellvertretender Vorsitzender.“

— Oesterreich-Ungarn. Die Schilderstorm-Angelegenheit in Kroatien zieht immer weitere Kreise. Der Statthalter des Landes stand offenbar

den Stürmern nicht unsympathisch gegenüber und ihm ist daher auch der Abschied bewilligt worden, in dessen sollte er bis zur Ernennung eines Nachfolgers weiter amtiren. Darauf forberte die ungarische Regierung von ihm, daß er die Amtsschilder mit der ungarischen Inschrift wieder an die öffentlichen Gebäude anbringen lassen solle. Dessen weigert sich der Statthalter, weil er davon weitere Störungen der öffentlichen Ordnung befürchtet. Infolgedessen hielt das ungarische Ministerium einen Rath ab und beschloß ernstliche Maßnahmen, zu denen aber erst das österreichische Ministerium und der Kaiser die Zustimmung zu geben hätten. Wird diese verweigert, so soll, wie bestimmt verlautet, das Ministerium Tisza seinen Abschied zu fordern gewillt sein. — Nach Pest sind aus verschiedenen Comitaten Meldungen über neuerliche Ausschreitungen gegen die jüdische Bevölkerung gelangt.

— Rußland. Von der kriegsklüsternden Stimmung gewisser russischer Kreise, die allerdings im Augenblick nicht die maßgebenden sind, giebt der Petersburger Korrespondent des „Berl. Tgl.“ folgende interessante Schilderung: Bei der bekannten Stellung Katkows gewinnt der jüngste friedliche Artikel in seiner „Moskowski Wjedemosti“ eine besondere Bedeutung, da er auf das Entschiedenste die momentan friedliche Sachlage betont. Einzelne Stellen des Artikels sind allerdings sehr geschraubt, so die Behauptung, in Rußland wünsche, ebenso wie in Deutschland, Niemand den Krieg. Die panslavistischen Elemente wollen ihn aus angeborenem Deutschenhaß, aber auch eine ganze Menge der ruhiger Denkenden sehen einen Krieg mit Deutschland als das einzige Mittel gegen die jetzigen drückenden Verhältnisse an, trotzdem sie des Sieges Rußlands durchaus nicht sicher sind. Im Gegentheil, auf den Einwurf: was werden solle, wenn die Russen geschlagen werden, hört man oft die befremdende Antwort, daß gerade dies dringend nothwendig zur Selbsterkenntniß sei u. s. w., dadurch erst würden sich die Verhältnisse klären und bessere Zeiten kommen. Auf nähere Details über das „wie“ lassen sich allerdings diese Leute, und ihre Zahl ist nicht gering, nicht ein. Wie gesagt, daß Niemand hier den Krieg wünscht, ist unrichtig, glücklicherweise aber ist Aussicht vorhanden, daß die Friedenspartei noch lange Oberhand behält, trotzdem es auch unter den hohen Militärs viele giebt, welche stark zum Kriege neigen.

— England. Die Schlacht bei Sedan in englischer Beleuchtung. Der „Standard“ bringt einen Artikel über den Jahrestag der Schlacht bei Sedan, in welchem er die Friedfertigkeit und Mäßigung der deutschen Politik seit dem Tage von Sedan rühmt. Die Erfahrung der letzten 13 Jahre hätte gelehrt, daß Fürst Bismarck keine Complotte gegen den europäischen Frieden schmiede. Die verbündeten deutschen Reiche seien ein Pfand der Sicherheit gegen Störungen des Friedens, wie solche etwa durch den Racenhaß oder dynastischen Ehrgeiz hervorgerufen werden könnten. Als die friedensstörenden Elemente in Europa bezeichnet das Blatt Frankreich und Rußland, während die friedlichen und conservativen Elemente Deutschland und Oesterreich seien, aus diesem Grunde begrüße England den Namen Sedan mit Befriedigung